TS aktuell
ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG
IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM BERLINER STADTBLATT · 6. JAHRGANG · AUSGABE 20 · MÄRZ/APRIL 2016

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die neue Ausgabe der TS-Aktuell erhalten Sie im Frauenmonat März. Seit 1911 wird der internationale Frauentag begangen, natürlich auch in diesem Jahr wieder am 8. März. Doch wer glaubt, dass es zum Frauentag mit einer roten Rose getan ist, der irrt.

Auch im Jahr 2016 ist es notwendig auf die massiven Benachteiligungen von Frauen in unserer Gesellschaft hinzuweisen. Am deutlichsten wird das wie so oft im Erwerbsleben und bei den Einkommen. Denn während immer mehr Frauen einer Erwerbsarbeit nachgehen, unterscheiden sich ihre Jobs doch fundamental von denen der männlichen Kollegen. Mehr Teilzeit, weniger Aufstiegschancen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind noch immer weit verbreitete Phänomene.

Für gleichwertige Arbeit erhalten Frauen im Durchschnitt erheblich weniger Gehalt. Am 19. März mahnen wir im Rahmen des Equal Pay Day wieder an, dass dieser unhaltbare Zustand überwunden werden muss. Warum am 19. März? Weil Frauen statistisch betrachtet vom 1. Januar 2015 bis zum 19. März 2016 arbeiten mussten, um das Gehalt zu bekommen, das Männer im Jahr 2015 erhalten haben.

Wir unterstützen Familienministerin Manuela Schwesig deshalb ausdrücklich in ihren Bemühungen um ein Entgeltgleichheitsgesetz. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist das Ziel der SPD. Rote Rosen sollen uns auch in diesem Jahr daran erinnern, dass auf dem Weg dahin noch viel zu tun ist.

Ihre Dilek Kolat
Vorsitzende der SPD
Tempelhof-Schöneberg

Schon viel erreicht - noch viel zu tun!

Am 8. März ist wieder Frauentag. Auf dem Weg zur Gleichstellung ist bereits vieles erreicht worden.

Was fehlt noch und wie geht es weiter? Fünf Frauen geben Antwort!

Manuela Harling
Angestellte

„Fortschritt braucht Bewegung: Elementare Dinge wie das Wahlrecht und das Recht auf Bildung haben sich die Frauen bereits vor vielen Jahren erkämpft. Doch auch heute ist in Sachen Geschlechtergerechtigkeit noch viel zu tun. Zum Beispiel muss das Ehegattensplitting weg. Es bedient und verfestigt das tradierte Bild der Einverdienerehe und behindert die eigenständige Existenzsicherung.“

Petra Nowacki
Juristin

„Es klingt heute unglaublich, aber noch bis 1962 durften Frauen - obgleich Männer und Frauen nach dem Grundgesetz gleichberechtigt waren - ohne Zustimmung des Mannes kein eigenes Bankkonto eröffnen. Und erst nach 1969 wurde eine verheiratete Frau als geschäftsfähig angesehen. Aber bis heute liegt der Anteil am Vermögen in Deutschland bei Männern weit höher als bei Frauen.“

Melanie Kühnemann
Lehrerin

„Ich wünsche mir eine lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung für Frauen und Männer, in der Teilzeitarbeit, die bislang überwiegend von Frauen ausgeübt wird, kein Karriereblocker ist.
Zeit für die Familie müssen sich alle nehmen können.
Ein wichtiger Schritt neben der Einführung des Elterngeldes wäre die Abschaffung des Ehegattensplittings!“

Angelika Schöttler
Bezirksbürgermeisterin

„Frauenförderung ist heute fester Bestandteil in der Bezirksverwaltung von Tempelhof-Schöneberg. Dazu gehört natürlich die Förderung in Leitungsfunktionen, aber auch die Möglichkeit, nach der Reduzierung der Stunden wegen Kindererziehung oder Pflege wieder in eine Vollzeitbeschäftigung zu wechseln. Natürlich gilt das auch für Männer, allerdings wird die Option nur selten von ihnen in Anspruch genommen.“

Margrit Zauner
Erwachsenenbildung

„Der Anteil von Frauen im Bundestag ist von 6,8 % 1950 auf 36,5 % 2015 gestiegen – es sollen 50 % werden! Und noch immer müssen Frauen 2,5 Monate länger arbeiten, um auf das Jahresgehalt von Männern zu kommen. Der Equal-Pay-Day ist dieses Jahr am 19. März – wir wollen ihn am 1. Januar feiern. Erst dann haben wir unser Ziel erreicht: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! “

VERBINDUNG IST SANIERT
Die denkmalgeschützte Fußgängerbrücke über den Teltowkanal ist wieder eröffnet. Sie verbindet Tempelhof mit dem Marienpark-Gelände und Lankwitz. Bild: Frank Zimmermann

IN DIESER AUSGABE

FLÜCHTLINGE IM RATHAUS FRIEDENAU
Erste Familien eingetroffen
Seite 2

MAASSENSTRASSE
Überprüfung der Begegnungszone mit Bürgerbeteiligung
Seite 2

NEIN HEISST NEIN
Das Sexualstrafrecht muss reformiert werden
Seite 7

BERLIN SPD
FÜREINANDER

Die wachsende Stadt stellt uns vor neue Herausforderungen. Wir wollen, dass Berlin die lebenswerte Metropole bleibt, die sie ist. Sprechen wir darüber, was zu tun ist. Kommen Sie vorbei und stellen Sie mir Ihre Fragen. Ich freue mich auf Sie!

UFA-FABRIK
THEATERSAAL
Viktoriastraße 10-18
12105 Berlin-Tempelhof
WWW.SPD.BERLIN

Über Ihre Anmeldung per E-Mail freuen wir uns: ameldung.fuereinander@spd.de

V.i.S.d.P.: SPD Berlin · Dennis Buchner · Müllerstr. 163 · 13353 Berlin · Tel. 030.4692.222

FRAUENTAG 8. MÄRZ

Liebe Leserinnen
und Leser,

natürlich müssen wir jeden Tag im Jahr dafür arbeiten, dass Gerechtigkeit in der Gesellschaft und im Arbeitsleben keine Frage des Geschlechts sein darf. Viel ist erreicht, aber genauso viel bleibt noch zu tun. Hier nicht nachzulassen, dazu mahnt uns alle der Internationale Frauentag jährlich am 8. März.

Für mich bleibt es das Wichtigste, für gute Arbeit und Ausbildung zu sorgen. Dabei müssen wir besonders Politik für die vielen Frauen machen, die immer noch weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Wir müssen Frauen vor Altersarmut bewahren und ihnen Schutz vor Gewalt bieten – ganz gleich ob in den eigenen vier Wänden oder auf der Straße. Und wir müssen durch gute Kinderbetreuung alleinerziehenden Müttern die Chance auf gute Arbeit geben, durch die sie mit ihren Kindern ein gutes Leben führen können.

Der 8. März zeigt uns auch dieses Jahr wieder, wieviel noch zu tun ist. Die SPD und ich arbeiten deshalb weiter für eine soziale und moderne Frauenpolitik. Jeden Tag.

Michael Müller
Regierender
Bürgermeister

Bild: Senatskanzlei / Martin Becker

Der Viktoria-Luise-Platz ist einzigartig

Vorübergehend ersetzt Mulch die historische Bepflanzung

Im Interview erklärt Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler die besonderen Herausforderungen zum Erhalt des Platzes.

Frau Schöttler, der Viktoria-Luise-Platz ist ein ganz besonderes Fleckchen Erde. Warum?

Das ist kein gewöhnlicher Park sondern ein Gartendenkmal für Viktoria-Luise, die einzige Tochter von Wilhelm dem Zweiten. Die historische Bepflanzung muss mehrmals im Jahr erneuert werden.

Wie hoch ist der Aufwand?

Für den Bezirk ergeben sich Kosten von 75.000 EUR pro Jahr. Der zuständige CDU-Stadtrat hatte bei der Haushaltsaufstellung im Herbst 2015 dafür kein Geld in seinem Budget eingeplant, die Prioritäten anders gesetzt.

Einzigartiges Gartendenkmal Viktoria-Luise-Platz.

Bild: Ulrich Horb

Warum ist Ihnen das Gartendenkmal so wichtig?

Die wunderschönen Blumenrabatten gibt es nur an diesem Ort. Er ist ein ruhiger Erholungsraum mitten in der Stadt mit einem zentralen Springbrunnen, umgeben von gemütlichen Gartenlokalen. In den warmen Monaten kann man sonnabends sogar über einen kleinen Bio-Markt schlendern.

Und wie soll es nun weitergehen?

Wir werden dafür sorgen, dass ab 2018 wieder genug Geld in den Bezirkshaushalt eingeplant wird. Bis dahin werden die Flächen mit Mulch bedeckt.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass eine Bürgerinitiative sich dankenswerterweise um den Platz kümmert. Auch sie fordert die historische Bepflanzung. Eine großzügige Spende ist bereits eingegangen. Die Summe reicht aber nicht für die gesamte Fläche, deshalb hat der Stadtrat entschieden, dass es dieses Jahr keine Bepflanzung geben wird.

Wer sich auch engagieren möchte, kann sich an das Bezirksamt wenden.
Tel. 030 90277-0

Petra Rudolphi-Korte

Flüchtlinge im Rathaus Friedenau

Erste Familien nach Hängepartie in der neuen Unterkunft eingetroffen

Die ersten Flüchtlingsfamilien sind Ende Februar in die neue Notunterkunft im Rathaus Friedenau eingezogen. Wo eigentlich die Zollfahndung die Büroräume beziehen sollte, werden demnächst bis zu 400 Flüchtlinge wohnen – hauptsächlich Familien mit Kindern.

Nach und nach werden auch Frauen einziehen, denen während des Krieges oder auf der Flucht sexuell motivierte Gewalt angetan wurde. Das bedeutet, dass außer den Familienvätern und einigen älteren Jugendlichen überwiegend Frauen und Kinder im Rathaus wohnen.

Die insgesamt 120 Kinder, Mütter und Väter kamen vom Tempelhofer Weg, wo sie in den Klassenräumen der zuvor leerstehenden Teske-Schule wohnten. Sie freuten sich beim Umzug sichtlich auf die verbesserten Wohnverhältnisse. Eine Familie mit zehn Kindern bezog gleich drei Räume mit Verbindungstüren. Eigentlich sollten sie schon knapp zwei Wochen früher in das pünktlich fertiggestellte Rathaus Friedenau umziehen. Es gab jedoch Proteste einiger freiwilliger Helfer an der Teske-Schule. Sie lehnen den Plan des Lageso ab, dort Sprachunterricht für Flüchtlingskinder zu geben, die in den umliegenden Schulen noch keinen Platz bekommen haben.

Erste Flüchtlinge mit Kindern bei der Ankunft vor dem Eingang zum Rathaus Friedenau. Bild: Severin Hamburg

In einer öffentlichen Gesprächsrunde zollte Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD) der engagierten Arbeit der Helfer an der Teske-Schule Respekt. Sie äußerte aber auch die Erwartung, dass der Umzug der Flüchtlinge zeitnah erfolgt. Die Schulräume an der Teske-Schule würden dringend benötigt, und die Räume in Friedenau stünden leer. Die Bildungsstadträtin Jutta Kaddatz (CDU) und ein Vertreter der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft versicherten, dass Unterricht in reinen Flüchtlingsklassen nur eine Notlösung seien. Für die etwa einhundert Männer, die jetzt noch in der Teske-Schule wohnen, werden andere Räume gesucht.

Die Initiative Friedenau Hilft steht auch in den Startlöchern. Freiwillige bereiten sich in Arbeitsgruppen zu Bereichen wie Gesundheit, Unterrichtshilfe, Übersetzungshilfe, Deutschunterricht, Freizeit- und Kulturangebote vor. Möglichst viele Angebote sollen auch außerhalb der Notunterkunft organisiert und angeboten werden, um die Einbindung der Flüchtlinge in die Nachbarschaft zu verbessern.

Das Rathaus Friedenau war nur 3 Jahre lang wirklich ein Rathaus, bis zur Gemeindereform 1920. Jetzt ist es die erste Station einiger „Neu-Friedenauer“ Familien, die in Tempelhof-Schöneberg ihre Zukunft in die Hand nehmen. Keine schlechte Karriere für ein altes Rathaus.

Severin Hamburg

Maaßenstraße: Begegnung geht besser

Anwohnerinnen und Anwohner sollen bei Überprüfung einbezogen werden

Im Oktober 2015 wurde die zur „Begegnungszone“ umgebaute Maaßenstraße freigegeben, jetzt werden Nachbesserungen gefordert. Anwohnerinnen und Anwohner ärgern sich über fehlende Fahrradspuren und zu enge Fahrbahnen, die auch noch von Falschparkern blockiert werden. Aus ihrer Sicht sind die Aufenthaltszonen ungemütlich. Annette Hertlein, SPD-Bezirksverordnete: „Die Bürgerinnen und Bürger müssen in die im Sommer geplante Evaluationsphase eingebunden werden.“

„Das Blindenleitsystem, das blinde Mitbürgerinnen und Mitbürger eigentlich unterstützen soll, ist technisch und konzeptionell deutlich verbesserungsbedürftig“, so Annette Hertlein. Im Moment stelle es eher eine zusätzliche Gefährdung dar. Auch die Nutzung der Zone durch Skater erfreut sie nur bedingt: „Ich glaube nicht, dass die Edelstahlbänke in der Maaßenstraße dafür vorgesehen waren.“

Der Umbau der Maaßenstraße zur Begegnungszone ist das erste von drei Pilotprojekten in Berlin. Die SPD-Fraktion Tempelhof-Schöneberg unterstütze die damit verbundene Berliner Fußverkehrsstrategie, die ein besseres Miteinander von Fußgänger*innen, Radler*innen und Autofahrer*innen zum Ziel habe, so Hertlein, die jetzt für das Abgeordnetenhaus kandidiert. „Das Pilotprojekt Maaßenstraße ist von besonderer Bedeutung. Wir dürfen diese Chance nicht vergeben und müssen die Anwohner*innen einbinden“, fordert sie. Die Überprüfung soll im Sommer 2016 beginnen. Dabei sollen auch Daten zum Verkehr und zur wirtschaftlichen Lage der Gewerbetreibenden gesammelt werden.

Aus der Maaßenstraße wurde die berlinweit erste „Begegnungszone“ Bild: Ulrich Horb

Ulrich Horb

MELDUNGEN

SCHULE ZEIGT COURAGE

Die Friedenauer Gemeinschaftsschule in der Rubensstraße hat sich dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ angeschlossen. Die Patenschaft für die 73. Courage-Schule in der Stadt hat Berlins Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat übernommen. Die Friedenauer Gemeinschaftsschule in Schöneberg ist eine inklusive Schule, an der Kinder mit und ohne Behinderung von der 1. bis zur 10. Klassenstufe gefördert werden. Für die Schule bedeutet Inklusion „die Akzeptanz und Wertschätzung der Heterogenität aller Kinder, unabhängig von ihren kategorialen Eigenschaften.”

MELDUNGEN

EUREF-CAMPUS WÄCHST WEITER

Für die Häuser 21 und 22 auf dem EUREF-Campus am Schöneberger Gasometer, einem Modellprojekt für die Energiewende, hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Baugenehmigung erteilt und damit einen Bescheid des grün geführten Stadtentwicklungsamts des Bezirks aufgehoben. „Das Agieren des Stadtentwicklungsamtes gegenüber dem Investor Reinhard Müller ist schwer zu ertragen, schließlich handelt es sich um die derzeit wichtigste Ansiedlung im Bezirk“, erklärte Christoph Götz, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Tempelhof-Schöneberg. „Dennoch wird das Vorhaben blockiert, wo immer es geht. Bedauerlich ist auch, dass der Bezirk nun die Genehmigungsgebühr in Höhe von rund 70.000 EUR nicht vereinnahmen kann sowie die Anwaltskosten des Investors zu erstatten hat.“

MICHAEL MÜLLER AUF TOUR

Michael Müller, Regierender Bürgermeister und SPD-Spitzenkandidat in Tempelhof-Schöneberg, geht auf Tour durch Berlins Bezirke. Am Mittwoch, dem 16. März diskutiert er ab 18 Uhr mit Bürgerinnen und Bürgern im Theatersaal der ufa-Fabrik, Viktoriastraße 10-18, 12105 Berlin.

SPIELPLATZ WIRD ERNEUERT

Der Spielplatz in der Else- Lasker- Schüler-Straße 8 ist mit dem Baubeginn des „Quartier Voltaire“ in Bezirkseigentum übergegangen. Wenn die Bauarbeiten beendet werden, soll der Spielplatz neu gestaltet werden. Gleichzeitig fordert die SPD-Fraktion des Bezirks ein Konzept für die Pflege des Platzes, das eine erneute Nutzung als Rückzugsort für Drogenkonsum und Straßenprostitution wirksam verhindert.

TSaktuell
ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG
tsaktuell.eu

Herausgeber
SPD Tempelhof-Schöneberg
Hauptstraße 100 · 10827 Berlin
Tel. 030 7812283
info@tsaktuell.eu
V.i.S.d.P.: Dilek Kolat
Auflage: 20.000
Redaktion dieser Ausgabe
Eva Liebchen, Frank Zimmermann, Ingo Siebert, Manuela Harling, Mario Grotjohann, Petra Rudolphi-Korte, Sabine Mauer, Dr. Stefanie Schmidt, Ulrich Horb, Volker Warkentin
Satz und Layout:
interdialog.berlin, spd.berlin
Druck:
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Mehr Frauen im Chefsessel

Ein langer Weg: Vom Landesgleichstellungsgesetz zur Quote im Aufsichtsrat

Anfang des Jahres gab es in Berlin etwas zu feiern, doch kaum jemand bekam es mit. Seit 25 Jahren gibt es das Landesgleichstellungsgesetz. Ein Gesetz, das für gleiche Chancen von Männern und Frauen im öffentlichen Dienst und bei den Unternehmen des Landes sorgt. Auch bei den Chefsesseln.

Schon lange fordern Verbände, Initiativen und Parteien wie Grüne, SPD oder DIE LINKE, dass die Ungleichbehandlung von Frauen in allen Lebensbereichen ein Ende haben muss. So arbeiten Frauen häufig als Krankenschwestern, Erzieherinnen und Reinigungskräfte, weniger häufig als Ärztinnen, Schuldirektorinnen oder Leiterinnen von Reinigungsfirmen. An den Spitzen sitzen Männer – in der Wirtschaft, den Verbänden und leider auch immer noch in der Politik. Das hat etwas mit Strukturen zu tun.

Lange wurde nur appelliert, mehr Frauen in Vorständen und Geschäftsführungen zu berücksichtigen. Im Januar dieses Jahres war die Geduld aufgebraucht. Das „Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ trat in Kraft. Jetzt müssen die 100 größten deutschen Unternehmen, in denen die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen Pflicht ist und die börsennotiert sind, eine Quote von 40 Prozent einhalten. Ist sie für das unterrepräsentierte Geschlecht nicht erfüllt – das können auch Männer sein – bleibt der Sessel leer. 3.500 Unternehmen in Deutschland müssen zumindest Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils vom obersten Management bis zum Aufsichtsrat festlegen. Und sie können sich nicht herausreden: Frauen erlangen in Deutschland bessere Bildungsabschlüsse als ihre männlichen Kollegen. In den nordischen Staaten wird die Frauenquote zum Teil sehr konsequent durchgesetzt – das führte zum deutlichen Abbau von Geschlechterstereotypen.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz und in Führungspositionen macht Fortschritte – auch dank des Landesgleichstellungsgesetzes. Foto: Adobe Stock · contrastwerkstatt

Und in der Hauptstadt? Seit dem Inkrafttreten des Landesgleichstellungsgesetzes wird regelmäßig auf die Zahlen geschaut. Berlin liegt weit vorne bei den Frauen in Führungspositionen. 43 Prozent der Referatsleitungen im öffentlichen Dienst werden von Frauen besetzt. Auf der Abteilungsleiterinnen-Ebene stieg die Zahl von 8 Prozent (2004) auf 31 Prozent (2014) an. 37 Prozent der Vorstände und Geschäftsführungen in den landeseigenen Unternehmen werden von Frauen besetzt. Sigrid Nikutta (BVG) und Tanja Wielgoß (BSR) sind nur zwei positive Beispiele. So kann die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, mit Recht sagen: „Berlin ist die Stadt der Frauen“. Wenn in den Schulen das nächste Mal für den Girls Day als Möglichkeit zum Ausprobieren „typischer Männerberufe“ aufgerufen wird, dann ist das ein kleiner Schritt auf dem Weg hin zum Aufbrechen muffiger Denkmuster.

Frauen und Männer haben ein Recht darauf, dass nicht ihr Geschlecht die Besetzung eines Chefsessels bestimmt, sondern ihre Qualifikation. Erst wenn diese Botschaft überall angekommen ist, ist der ursprüngliche Auftrag des Landesgleichstellungsgesetzes erfüllt.

Josephine Steffen

Spagat zwischen Glück und Stress

Wie Arbeit und Familie besser miteinander vereint werden

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist derzeit eine der großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Für die einen geht es dabei um die „Zukunftsfähigkeit Deutschlands“, für die anderen ist die Vereinbarkeit ein „Mythos“:

Einerseits haben sich Familienstrukturen stark verändert. Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern kommen als Familienform immer häufiger vor, auch in Berlin. Etwa die Hälfte aller Paare hier ist ledig. Andererseits wirkt sich der demografische Wandel auf den Arbeitsmarkt aus.

Familie, in welcher Form sie auch gelebt wird, ist für die meisten Menschen von größter Bedeutung. Überall lesen und hören Eltern die Botschaft der Vereinbarkeit mit dem Beruf. Der gesellschaftliche Anspruch und ihr eigenes Gefühl, dass immer etwas oder jemand dabei auf der Strecke bleibt, stressen. Erschöpft versuchen Mütter und Väter, mehrere Leben in einem einzigen zu führen. Das funktioniert, irgendwie, nur nicht immer gut.

Vor allem die Generation zwischen 25 und 45 Jahren, in der „Rush Hour“ des Lebens, fühlt sich zwischen Beruf und Familie hin- und hergerissen. Mütter wollen entsprechend ihrer sehr guten Ausbildung Karriere machen, Väter mehr Zeit mit den Kindern verbringen. Alleinerziehende haben oft gar keine Wahl als Vollzeit zu arbeiten, um den Lebensunterhalt selbst zu sichern.

Foto: Adobe Stock · misu

Für Manuela Schwesig, Bundesfamilienministerin, ist der Kern der modernen sozialdemokratischen Familienpolitik, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Lebensverlauf zu stärken. Eine Menge wurde auch schon erreicht: Freibeträge und das Kindergeld, der Kinderzuschlag und der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wurden angehoben, das „ElterngeldPlus“ eingeführt. Die Quote bei der Betreuung der Kinder von 3 bis 6 Jahren beträgt 98 Prozent, 70 Prozent bei der Betreuung der 1 bis 3-jährigen. Rund 90 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln stehen für 2016 und 2017 zur Verfügung, um das Berliner Kita-Angebot bedarfsgerecht auszubauen. In den nächsten Jahren werden 10.000 neue Kitaplätze in Berlin geschaffen. Im Doppelhaushalt 2016/17 wurde außerdem die Abschaffung der Kitagebühren bis 2018 verankert.

Manuela Schwesig weiß, dass noch viel getan werden muss, um der geforderten Generation gerecht zu werden. In ihrer Agenda unter anderem: neue Splittingmodelle bei der Steuer, das Schaffen verlässlicher Ganztagsgrundschulen, Lohngerechtigkeit für Frauen, flexible familienbewusste Arbeitszeitmodelle, die den Lebensphasen der Menschen angepasst werden können. Dann wird es wieder einfacher, festzustellen: Kinder sind ein großes Glück.

Anja Hoffmann

Über Männer ohne Sex-Manieren

Haarsträubende Geschichten aus dem Puff

Karolina Leppert arbeitet unter dem Namen „Vera“ als Domina in Berlin. Nach einer Laufbahn als Verkäuferin sowie im Mediengeschäft entschloss sie sich zu einem Berufswechsel in die Prostitution. Neben dieser Arbeit kämpft sie in leitender Funktion bei der Initiative „Hydra“ für eine größere Wertschätzung für den SexarbeiterInnen-Beruf in der Gesellschaft. Hydra berät seit vielen Jahren SexarbeiterInnen und setzt sich für eine Anerkennung der Prostitution als Dienstleistung wie jede andere ein.

Seit zwanzig Jahren hat Karolina Leppert Einblick in einen Beruf, der auf Diskretion setzt. In Ihrem Buch „Männermanieren – Standpauke aus dem Rotlicht“ gewährt sie einen Blick in diese Welt und zieht dabei auch Rückschlüsse zu unserer Gesellschaft. Das Berliner Stadtblatt sprach mit ihr:

Sie beschreiben in ihrem Buch, wie sehr sich die Manieren der Männer im Umgang mit SexarbeiterInnen verändert haben. Was ist anders geworden?

Der permanente Konsum und die allgegenwärtige Verfügbarkeit von Internetpornographie verfälscht das Bewusstsein für die Realität und stumpft ab. Filme spiegeln eine künstliche Welt wider. Daraus leitet sich eine Erwartungshaltung ab, die es früher nicht gab.

Wie hat sich Ihr Beruf und auch Ihr Engagement bei Hydra dadurch verändert?

Ich selbst als Domina bin in der privilegierten Situation, meine Kunden in die Schranken zu weisen. Für die Arbeit von Hydra hat sich schon etwas verändert. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Erfahrungen der Sexarbeiterinnen heute eine andere Realität haben.

Welche Schlüsse können wir allgemein durch dieses Verhalten der Männer über die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft ziehen?

Dass die Gleichberechtigung keine selbstverständliche Sache ist. Dass jede Frau in ihrem Selbstbewusstsein unterstützt werden soll, dass wir immer wieder lernen müssen, „nein“ zu sagen. Dass zwar nicht alle, aber viel zu viele Männer einem falschen Rollenverständnis vom „Mann sein“ folgen.

Denken Sie, dass die geplante Neufassung des Prostiuiertenschutzgesetzes dazu führen wird, dass SexarbeiterInnen mehr Ansehen in der Bevölkerung genießen und Männer sich dadurch wieder respektvoller verhalten?

Nein, das denke ich nicht. Prostituierte müssen nicht beschützt werden, sie sind keine Kinder. Ausgenommen vor Kriminalität und Gewalt. Die Gesetze dazu sind vorhanden, sie müssten konsequenter umgesetzt werden. Und was das Ansehen in der Bevölkerung betrifft: Ich fürchte, da wird sich so schnell nichts ändern, vor allem nicht durch ein weiteres, sehr fragwürdiges Gesetz. Sexworkerinnen sehen ihre Tätigkeit als Erwerbsquelle, und sie sehen das ganz nüchtern. Wir sollten sie respektieren und das auch kolportieren.

Josephine Steffen

Karolina Leppert
Männermanieren – Standpauke aus dem Rotlicht
ISBN: 978-3990011560
edition a, 2016
128 Seiten, 16,90 Euro

MELDUNGEN

MEHR LEHRERINNEN UND LEHRER

Berlin wird in diesem Jahr insgesamt rund 2.100 Lehrerinnen und Lehrer einstellen.

Mehr als 960 sind bereits zu Beginn des Schulhalbjahres 2016 an die Berliner Schulen gekommen. Dabei wurden alle offenen Stellen an allen Schularten besetzt. Die Einstellungszahlen lagen im Februar dieses Jahres deutlich über den Einstellungen der vergangenen Jahre (2015: 700 Lehrkräfte). Von den 978 Berliner Referendarinnen und Referendaren, die ihre Ausbildung im Februar 2016 beendeten, hatten 514 bereits frühzeitig eine Einstellungsgarantie für die Berliner Schulen erhalten. Die nächsten Einstellungsverfahren beginnen Ende April. Die Bewerbungsfrist läuft bis Ende März. Angesichts des zunehmenden Bedarfs rief Bildungssenatorin Sandra Scheeres die Hochschulen auf, mehr Studienplätze anzubieten.

BERLIN WÄCHST SEHR VIEL SCHNELLER

Das höchste Wachstum hat der Bezirk Pankow zu erwarten, gefolgt von Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Reinickendorf.

Die neue Bevölkerungsprognose für Berlin weist bis zum Jahr 2030 eine Zunahme um 266.000 Personen von 3,562 Mio. (31. Dezember 2014) auf dann 3,828 Mio. Berlinerinnen und Berliner aus. Zusätzlich rechnet der Senat bis zum Jahr 2020 mit 94.000 bis 174.000 Geflüchteten, die in Berlin bleiben.

Andreas Geisel
Foto: SenStadtUm

„Berlin erlebt eine dritte Gründerzeit", so Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel. „Das anhaltende Wachstum Berlins wird sich fortsetzen und überall in der Stadt spürbar werden. Die steigende Bevölkerungszahl ist eine Chance für Berlin, die wir ergreifen müssen und werden. Wir brauchen mehr Wohnraum, mehr Arbeitsplätze, aber auch mehr Kitas und Schulen und mehr Busse und Bahnen. Die Zahlen der Bevölkerungsprognose belegen, dass ein Mehr an Nachfrage in allen Bereichen des städtischen Lebens zu erwarten ist."

Abschied vom Daddelautomaten

Spielsüchtige sollen durch eine Gesetzesverschärfung besser geschützt werden

Die Verlockung ist groß. Immer wieder werfen sie Münzen in den Automaten und verfolgen das schnelle Drehen der Zahlen: Etwa 50.000 Berlinerinnen und Berliner gelten als anfällig für Glücksspiele, von ihnen sind rund 27.600 krankhaft glückspielsüchtig. Eine weitere Verschärfung des Spielhallengesetzes soll sie jetzt besser schützen.

Geldautomaten neben einer Spielhalle sollen verboten werden. Foto: Horb

Um die Flut von Spielhallen einzudämmen, hat Berlin bereits im Juni 2011 eines der strengsten Spielhallengesetze Deutschlands eingeführt. Nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren erlöschen am 31. Juli 2016 alle Genehmigungen für bestehende Hallen. Spielhallen müssen dann Mindestabstände zueinander und zu Schulen und Jugendeinrichtungen einhalten. „Die Zahl der Spielhallen wird sich in Berlin von 544 Ende 2014 schätzungsweise auf rund 150 reduzieren", sagt der SPD-Abgeordnete Daniel Buchholz, einer der Initiatoren des Gesetzes. Von Spielhallen geprägte Straßenzüge werden der Vergangenheit angehören.

Jetzt soll es eine weitere Verschärfung des Berliner Spielhallengesetzes geben. Buchholz: „Nicht einmal jeder fünfte Betreiber von Spielhallen, Café-Casinos und Wettbüros hält sich an Recht und Gesetz. Darauf reagieren wir mit einer Verzehnfachung des Bußgeldrahmens auf bis zu 500.000 Euro, damit endlich spürbare Bußgelder bei Gesetzesverstößen verhängt werden können."

Um Spielsüchtige davor zu bewahren, sich weiter zu verschulden, wird erstmals eine landesweite Sperrdatei für Spielsüchtige eingerichtet, die in allen Spielhallen gilt. Automaten zur Bargeldabhebung oder Zahlungsdienste in Spielhallen werden verboten. Die Zuverlässigkeit von Betreibern muss künftig regelmäßig von Polizei und Ordnungsämtern kontrolliert werden. *U.H.*

FERIENWOHNUNGEN

Verbot wird noch einmal verschärft

Das vor zwei Jahren eingeführte Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum wird verschärft.

So müssen Anbieter von Internet-Wohnungsvermittlungsportalen den Bezirksämtern künftig Auskunft über die Anbieter von Ferienwohnungen geben. Die Zahlen der Anzeigen und der aufgedeckten Verstöße zeigen nach Ansicht von Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel, „dass das Zweckentfremdungsverbot ein notwendiges und sinnvolles Instrument ist, um der zunehmenden Wohnungsknappheit in Berlin entgegenzuwirken".

Bislang wurden rund 6.300 Ferienwohnungen registriert und etwa 1.200 mögliche Verstöße gegen das Zweckentfremdungsverbot ermittelt. Hinzu kommen rund 2.800 Hinweise aus der Bevölkerung zu möglichen Verstößen gegen das Verbot, die ebenfalls überprüft werden. Um die Zweckentfremdung wirkungsvoll zu verfolgen, erhalten die Bezirke zusätzliches Personal, so der Stadtentwicklungssenator.

Zusammenhalt stärken

SPD-Vorsitzender Jan Stöß gegen gesellschaftliche Verrohung

Putzaktion: Die Stolpersteine in der Friedenauer Stierstraße waren bereits mehrfach Ziel rechtsradikaler Schmierereien Foto: Matthias Geisthardt

Beschmierte Stolpersteine und Angriffe auf geflüchtete Menschen, aber auch in Brand gesetzte Autos und zerstörte Fensterscheiben von Abgeordnetenbüros oder einer Beratungseinrichtung des Quartiersmanagements: Gewalt hat in der politischen Auseinandersetzung nichts zu suchen. Darin sind sich die demokratischen Parteien in Berlin einig. „Der Staat muss zeigen, dass er handlungsfähig ist", sagt Jan Stöß, Vorsitzender der Berliner SPD.

Gewaltbereite Gruppen gibt es in der rechtsradikalen Szene ebenso wie bei den autonomen Gruppen. Büros von SPD, Grünen und CDU wurden beschmiert, es gab persönliche Drohungen gegen den SPD-Abgeordneten Tom Schreiber. Auf das Wohnhaus der Bundestagsabgeordneten Eva Högl wurde ein Farbanschlag verübt. „Ich sehe diese Vorfälle und die Angriffe auf die Kolleginnen und Kollegen der Polizei und Feuerwehr in den letzten Wochen in einem Zusammenhang. Das zeigt eine zunehmende Verrohung in unserer Gesellschaft, die den friedlichen Zusammenhalt zerstören kann", so Jan Stöß.

Anfang Februar wurden in zwei Nächten in der Flottwellstraße und der Weserstraße Autos in Brand gesetzt. Stöß: „Die Menschen in der Flottwellstraße und Weserstraße haben einen Anspruch darauf, dass dem mit aller Entschiedenheit nachgegangen wird und die Gewalttäter dingfest gemacht werden."

Verfolgt werden müssen ebenso die Täter, die in der Friedenauer Stierstraße Stolpersteine schändeten, die an die früheren jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner der Häuser erinnern, und eine Jugendeinrichtung mit einem Hakenkreuz beschmierten. *U.H.*

HISTORISCHES STICHWORT

Urabstimmung

Der Kampf um Berlins Freiheit

Wenige Monate nach ihrer Wiedergründung kämpfte die Berliner SPD im Jahre 1945 erneut um ihre Existenz. Nachdem die Kommunistischen Parteien in freien Wahlen in Österreich und Süddeutschland verheerend abgeschnitten hatten, fürchtete die KPD ähnliche Ergebnisse auch für sich. In der sowjetischen Besatzungszone setzte sie daher auf die Fusion mit der SPD.

Während die von Kurt Schumacher geführte Sozialdemokratie in Westdeutschland dies entschieden ablehnte, gab der Berliner SPD-Zentralausschuss mit seinem Vorsitzenden Otto Grotewohl dem zunehmenden Druck nach. Die Berliner SPD-Mitglieder setzten dagegen Anfang 1946 eine Urabstimmung durch, die allerdings nur in den drei Westsektoren Berlins stattfinden durfte. Ende März gab es ein klares Ergebnis: 82,3 Prozent der Mitglieder lehnten zu diesem Zeitpunkt eine Vereinigung mit der KPD ab.

Mit dieser Selbstbehauptung legte die Berliner SPD vor siebzig Jahren den Grundstein für Freiheit und Demokratie im Westteil der Stadt. Am 7. April 1946 kamen rund 500 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Aula der Zehlendorfer Zinnowwaldschule zum Bezirksparteitag der „alten" Berliner SPD zusammen, im sowjetischen Sektor wurde dagegen auch unter Anwendung von Zwang die Vereinigung zur SED vollzogen. Bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 20.10.1946 wurde der Kurs der SPD eindrucksvoll bestätigt. Mit 48,7 Prozent gewann sie die Wahl vor der CDU (22,2), der SED (19,8) und der LDP (9,3).

Zinnowwaldschule: Bild aus einem SPD-Flugblatt von 1946

Eine Gedenkveranstaltung, mit der die SPD am historischen Ort in der Zinnowwaldschule an den Kampf um Demokratie vor siebzig Jahren erinnern wollte, kann nun, nachdem sie zunächst vom CDU-geführten Bezirksamt untersagt wurde, doch noch stattfinden: am **7. April 2016 um 18.30 Uhr in der Aula der Zinnowwaldschule**, Wilskistraße 78, 14163 Berlin.

Der Garten und die Sehnsucht nach Grün

Verlockende Ausflugsziele im Frühling: Botanischer Garten, Gärten der Welt und Späth'sche Baumschule

Tja, wenn es April wäre, dann käme die Gärtnerin kaum mehr aus den Gummistiefeln heraus: pflanzen, düngen, schneiden, Unkraut zupfen… Aber lassen wir die Gärtner träumen und genießen die ersten Sonnenstrahlen auf einem Spaziergang.

Zum Beispiel durch den Botanischen Garten in Dahlem. Hier blüht es. Tausendfaches Goldgelb, der Crocus flavus und Hellviolett, der Crocus tommasianus. Sie leben seit Jahrzehnten im Gartenbereich „Balkanhalbinsel" und gedeihen so prächtig, dass sie längst über ihr ursprüngliches Pflanzgebiet hinaus gewandert sind, sich sorglos sortenfremd mischen und neue Standorte erobert haben. Was das leichte Herz des bummelnden Blumenfreundes höher schlagen lässt, bringt die um wissenschaftliche Korrektheit bemühten Mitarbeiter des Beschilderungstrupps zu schierer Verzweiflung. Schneeglöckchen, Blaustern und Traubenhyazinthe tun es den Krokussen gleich und weben einen Blütenteppich, der zart und kraftvoll zugleich den Boden bedeckt.

Gewächshaus im Botanischer Garten Foto: Horb

Start für die neue Saison in den Gärten der Welt ist am 25. März. Es wird Zeit, den neuen Picknickkorb auszuprobieren und mit Köstlichkeiten zu füllen und den Rucksack der Kinder mit Buddelzeug. Los geht's: ein langer schöner Tag in China, Japan, Bali, Korea, im Orient, im Okzident und bei Karl Förster erwartet den gartenlosen Städter: Winterlinge, Narzissen, Blausterne und Traubenhyazinthen erblühen, ganz ohne ihm Rückenschmerzen und Muskelkater dafür zu bescheren. Und wenn man auch schon zehn Mal im vergangenen Jahr mit den Kindern, Großeltern, Freunden und Gästen durch das Heckenlabyrinth geirrt ist, wird man sich nun zum elften Mal verlaufen.

Wer sich die Schönheit nach Hause holen will, findet in der ältesten deutschen Baumschule ein passendes Ausflugsziel. 1720 eröffnete Christoph Späth vor dem Hallischen Tor eine kleine feine Gemüsegärtnerei. Das war der Ausgangspunkt für die Spät'sche Baumschule, die einmal zu einer der größten der Welt zählte. König Friedrich Wilhelm I war gern und oft zu Gast bei Späth's und ernannte den geschäftstüchtigen Christoph zum „Kunstgärtner und voll berechtigten Berliner Bürger". Das Unternehmen wuchs, wurde räumlich verlegt, umgestaltet, eine Musteranstalt und Studienort, umorientiert auf Blumen- und Topfpflanzen, Exporte kamen dazu, die Handelsgärtnerei war geboren. Mit der Ermordung Ludwig Späth's am 15.2.1945 im KZ Sachsenhausen endete das traditionsreiche Familienunternehmen, aber nicht die Tradition der Späth'schen Baumschule. Und so kann man Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr zwischen alten Backsteinhäusern und Scheunen im Hofladen einkaufen, ausgefallene und seltene alte Pflanzensorten kaufen. Und im Hofcafé lassen sich die Lieblingsstauden so schön loben, bei Kaffee und Kuchen, fast wie auf dem heimischen Balkon. Vom 19. bis 24. März 2016 werden in alter sorbischer Tradition Ostereier bemalt. *Anja Hoffmann*

Botanischer Garten
Unter den Eichen 5-10, 12203 Berlin (Bus M48), Königin-Luise-Platz, 14195 Berlin (Bus X83, Bus 101), Öffnungszeiten: 9–18 Uhr, Eintritt: 6 €, ermäßigt 3 €, große Familienkarte 12 €, kleine Familienkarte 7 €

Gärten der Welt
Eingang Eisenacher Straße, S7 Marzahn/Bus 195 bis Haltestelle „Gärten der Welt" oder U5 Cottbusser Platz/Bus 195 bis Haltestelle „Gärten der Welt" Öffnungszeiten: 9–18 Uhr, Eintritt: bis Mitte März 3 €, Kinder (bis 14 J.) 1 €, ab Mitte März 5 €, Kinder (bis 14 J.) 1,50 €

Späth'sche Baumschule
Späthstraße 80/81, S6, 8, 9, 10, 45, 46 bis Baumschulenweg/ Bus 265, 170 bis Königsweg, U7 bis Blaschkowallee/Bus 170, Öffnungszeiten: 9–18 Uhr

Aus der Höhle geholt

Felsbilder aus der Sammlung Frobenius im Gropius-Bau

Begräbnisszene mit Mumie im Ochsenfell © Frobenius-Institut Frankfurt am Main

Wie Kunst die Kunst beeinflusst hat, zeigt bis zum 16. Mai eine Ausstellung im Martin-Gropius-Bau, die sich der Zeichnungen aus der Vorzeit annimmt.

Zu sehen sind rund 100 Felsbildkopien des Frobenius-Institutes, viele davon großformatig und wandfüllend. Ergänzt werden sie durch fotografisches und archivalisches Material.

Der deutsche Ethnologe Leo Frobenius (1873-1938) hatte diese weltweit bedeutendste Sammlung von Kopien angelegt. Seit seiner sechsten Afrikareise im Jahre 1912 hatte er Malerinnen und Maler als Kopisten auf seine zahlreichen „Deutschen Inner-Afrika Forschungs-Expeditionen" mitgenommen. Entstanden sind die Bilder an teils schwer zugänglichen Stellen Nordafrikas, der inneren Sahara und des südlichen Afrika. Später entsandte Frobenius auch Expeditionen in die europäischen Felsbildgebiete Spaniens, Frankreichs, Norditaliens und Skandinaviens sowie nach Indonesien und Australien. Bis zu seinem Tode 1938 entstand so eine Sammlung von fast 5.000 Felsbildkopien, farbig und meist in Originalgröße mit Formaten von bis zu 2,5 x 10 Metern, die sich bis heute im Frobenius-Institut an der Frankfurter Goethe-Universität befinden.

Welche Wirkung diese zuvor ungesehenen Bilder auf die Moderne hatten und wie sie Künstlerinnen und Künstler inspirierten, ist Thema dieser Ausstellung. Zunächst waren die Arbeiten als transportable Faksimiles, d.h. als reine Wissenschaftsbilder gedacht, mit deren Hilfe kulturhistorische Entwicklungen der fernsten Vorgeschichte belegt werden sollten. Die Kopisten der Felsbilder verfolgten jedoch ganz eigene Wege im Spannungsfeld zwischen wissenschaftlicher Dokumentation und künstlerischem Anspruch. Das Interesse der künstlerischen Avantgarde an den prähistorischen Bildern blieb ihnen nicht verborgen. Die Bilder waren, so der deutsche Ethnologe Mark Münzel, Ausdruck eines „wissenschaftlichen Expressionismus".

Die zahlreichen Werkschauen der Felsbilder befeuerten einen regen Diskurs zu den Anfängen der Kunst und der menschlichen Kreativität in der damaligen zeitgenössischen Kunstszene. Im Schaffen einiger Künstler zeichnet sich die Wirkung dieser Ausstellungen deutlich ab. Im Werk Willi Baumeisters gab es beispielsweise um 1929/30 einen Stilwechsel, in dem verschiedene von den Felsbildern bekannte Gestaltungselemente und Techniken zur Anwendung kamen. Bei anderen Künstlern ist die Beeinflussung subtiler. Sicher haben die Surrealisten in Europa maßgeblich vom Dialog mit der prähistorischen Kunst profitieren können. Die Ausstellung zeigt die Urkunst als vitale Inspirationsquelle der Moderne. *SB*

Kunst der Vorzeit
Felsbilder aus der Sammlung Frobenius, bis 16. Mai 2016, Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin, Mi–Mo 10–19 Uhr, Di geschlossen, an Feiertagen geöffnet

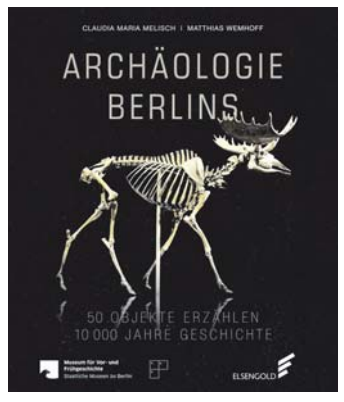
Eintrittspreise 10 € / ermäßigt 6 €, Eintritt frei bis 16 Jahre,

Online-Tickets: www.gropiusbau.de/tickets

Fundort Berlin

Objekte zeigen die Geschichte der Region

Berlins Boden hat einiges längst Vergessene wieder freigegeben: Skelette von Tieren, Kunsthandwerk, Gebrauchsgegenstände vergangener Jahrhunderte. Aufbewahrt werden die Funde im Museum für Vor- und Frühgeschichte. Ein großformatiger Bildband aus dem Elsengold-Verlag zeigt jetzt 50 ausgewählte Objekte aus 10.000 Jahren Geschichte im Raum Berlin.



Noch bevor es Berlin gab, gab es Elche. Ein Skelettfund vom Hansaplatz, bei U-Bahnarbeiten 1956 entdeckt, ist das erste der 50 ausführlicher beschriebenen Objekte. Es erzählt auch vom Wandel der Landschaft, hervorgerufen durch Klimaveränderungen.

Claudia Maria Melisch, die die Ausgrabungen am Petriplatz in Mitte leitet und Matthias Wemhoff, Direktor des Museums für Vor- und Frühgeschichte, haben den Band zur „Archäologie Berlins" vorgelegt. Großformatige Fotos geben einen Eindruck von den Ausstellungsräumen im Neuen Museum auf der Museumsinsel, einführende Texte beschreiben Zeitalter und die Situation im Berlin-Brandenburger Raum. Jeweils auf einer Doppelseite sind die 50 Objekte beschrieben.

Darunter befinden sich Opfergaben aus der Spree, die 1881 in Spandau entdeckt wurden, tausend Jahre alte Trinkgefäße aus Lichterfelde, die vergoldete Ausrüstung eines Spandauer Ritters, mittelalterliche Spardosen, am Petriplatz gefunden, aber auch ein großer Blasenstein, der in einem Männergrab gefunden wurde und wohl einst für heftige Schmerzen gesorgt haben dürfte. Und schließlich hilft Archäologie, selbst die jüngste Geschichte sichtbar zu machen, etwa mit der Stacheldrahtrolle, die 1992 auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Berlin-Lichterfelde ausgegraben wurden. *Ulrich Horb*

Claudia Maria Melisch, Matthias Wemhoff, ***Archäologie Berlins, 50 Objekte erzählen 10.000 Jahre Geschichte,*** *Elsengold Verlag, ca. 160 Seiten, 21x28 cm, rund 70 Abbildungen Hardcover mit Schutzumschlag, ISBN 9783944594378, 24,95 €*

Gut zu wissen

Stadtblatt-Service: Mahnungen – Ernährung – Energie sparen – Online-Shopping

MAHNGEBÜHREN BEGRENZT

Im Falle eines Zahlungsverzugs dürfen Verbraucherinnen und Verbrauchern nur die tatsächlich entstandenen Kosten für die Mahnung in Rechnung gestellt werden.

Nach Ansicht der Verbraucherzentrale Berlin sind dies Kosten für Material und Porto. „Mahnkosten von 5 und mehr Euro werfen daher die Frage nach deren Rechtmäßigkeit auf“, heißt es bei den Verbraucherberatern, die auch vor Gericht damit erfolgreich waren. So unterlag das Versandunternehmen Schwab mit seiner Forderung nach einer Mahngebühr in Höhe von 6,95 Euro. Und Stromanbieter primastrom musste aus seinen Allgemeinen Geschäftsbedingungen eine Regelung streichen, die für die erste Mahnung 5,00 € und für die zweite und dritte Mahnung einen Betrag von 10,00 € vorsah.

ANGELN VERBOTEN

Fisch gilt als gesunde Alternative zum Fleischkonsum. Doch ein neuer Ratgeber der Umweltschutzorganisation Greenpeace rät jetzt vom Kauf der meisten Fischsorten ab.

Bei Aal, Makrele oder Alaska-Seelachs ist die Greenpeace-Empfehlung eindeutig: „Finger weg, nicht nachhaltig“. Die Fischbestände der Meere schrumpfen dramatisch, die Fangmethoden, aber auch die Abwässer von Zuchtfarmen zerstören empfindliche Ökosysteme, eine Erholung der Bestände ist häufig nicht in Sicht. Greenpeace rät dazu, weniger Fisch auf die Speisekarte zu setzen und beim Einkauf

genauer auf die Herkunft zu achten. Noch gibt es einige Fische aus gesunden Beständen. Grundsätzlich empfehlenswert ist Karpfen. Beim Hering sind nur einzelne Fanggebiete nicht empfehlenswert, etwa die Färöer, Island, die nördliche Nordsee. Bei der Scholle gibt es nur für die Pazifische Scholle Entwarnung. Der Fischratgeber 2016 von Greenpeace mit detaillierten Empfehlungen ist jetzt als gedruckte Broschüre, als App oder als Poster für den Kühlschrank erhältlich.

https://www.greenpeace.de/themen/meere/fischerei/einkaufsratgeber-fisch

ENERGIEBERATUNG AM BÜCHERTISCH

Die Verbraucherzentrale geht mit ihrer Energieberatung in die Bezirke.

In der Steglitz-Zehlendorfer Ingeborg-Drewitz-Bibliothek gibt es jetzt zweimal im Monat individuelle Tipps, um Energiekosten zu sparen. Das entlastet nicht nur das persönliche Budget. Bis 2050 soll Berlin klimaneutrale Stadt werden und dabei die CO^2-Emmissionen um 85 Prozent reduzieren. Das geht nur, wenn alle in der Stadt einen Beitrag leisten.

Jeden zweiten und vierten Montag im Monat von 16 bis 19 Uhr berät der Energieberater der Verbraucherzentrale Berlin, Karl-Heinz Dubrow, im Veranstaltungsraum der Ingeborg-Drewitz Stadtteil-Bibliothek in der Grunewaldstraße 3, 12165 Berlin. Termine können unter der kostenfreien Rufnummer 0800–809 802 400 oder während der Beratungszeiten direkt beim Berater vereinbart werden. Pro Beratung wird ein Kostenbeitrag von 7,50 Euro erhoben. Für einkommensschwache Verbraucher mit entsprechendem Nachweis ist die Beratung kostenfrei. Mehr Informationen gibt es auf *www.verbraucherzentrale-energieberatung.de.*

ONLINE-WIDERRUFSRECHT

Beim Einkauf im Internet haben Kunden bei gewerblichen Anbietern ein Widerrufsrecht.

Online einkaufen: Beim Widerruf sind ein paar Regeln zu beachten Foto: © Adobe Stock • adam121

Innerhalb von 14 Tagen können sie vom Kauf per Brief, per Mail oder telefonisch zurücktreten. Eine bloße Rücksendung oder eine Annahmeverweigerung der gelieferten Ware reicht nicht aus, so die jüngste Entscheidung eines Amtsgerichts. Für die Rücksendung von Produkten die weniger als 40,00 Euro kosten, muss der Käufer das Rückporto tragen, wenn der Verkäufer in seinen Allgemeinen Geschäftsbedingungen eine entsprechende Regelung vorgesehen hat.

ENERGIEDRINKS

Getränke, die vorübergehend Flügel verleihen, stehen bei Medizinern unter dem Verdacht, ungewollte Nebenwirkungen zu erzielen.

„Energydrinks werden mit Herzrhythmusstörungen, Krampfanfällen, Nierenversagen und sogar Todesfällen in Verbindung gebracht“, warnt die Verbraucherorganisation „Foodwatch“. Einer europaweiten Studie zufolge konsumiert ein Drittel der Erwachsenen Energiedrinks, bei den Jugendlichen sind es jedoch zwei Drittel. Bereits 2009 kam ein Gutachten vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) zum Schluss, vor allem die hochkonzentrierte Form der Energy Drinks, die so genannten Energy Shots, seien „nicht sicher“. In Lettland gilt – wie bereits in Litauen – vom Juni an ein Verkaufsverbot für Energiedrinks an Jugendliche unter 18 Jahren.

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt
Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken und Berlin-Beilage (Seiten 3 bis 6) zu den Bezirksausgaben in Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf, Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick

Herausgeber:
SPD-Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführer Dennis Buchner
(V.i.S.d.P.), Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion der Landesseiten:
Ulrich Horb (CvD), Gunter Lange, Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen

Rätselerstellung: Ulrich Schulte Döinghaus

Grafik: Hans Kegel, Anett Lupelow

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Telefonseelsorge

Gut, dass ich mit jemandem reden kann

Seit 60 Jahren sind Berliner Telefonseelsorger für ihre Anrufer zu erreichen – viele sind einsam und sozial isoliert.

„Kann ich mit Ihnen ein paar Minuten telefonieren?“ „Selbstverständlich, dafür bin ich hier.“ „Auch vertraulich? Es ist ein bisschen heikel.“ „Wir Telefonseelsorger sind zur Anonymität verpflichtet, das ist die Grundlage jedes Gespräches.“

So oder so ähnlich beginnen viele Telefonate, die über die Rufnummer 0800-1110111 die Nansenstraße 27 in Berlin-Neukölln erreichen. Dort sind die Dienst- und Ausbildungsräume der Telefonseelsorge Berlin, die in diesem Jahr ihren 60. Geburtstag feiert. Sie ist damit die älteste Einrichtung ihrer Art in Deutschland, vielleicht sogar auf dem europäischen Kontinent. In Berlin startete damit eine Bewegung, die heute einen ausgezeichneten Ruf genießt.

Viele Anrufe kreisen um ein soziales Grundübel, das man eigentlich im umtriebig-hippen, total vernetzten Berlin nicht erwartet: Einsamkeit. Vor allem Frauen und Männer der mittleren und älteren Generationen beklagen am Telefon ihre soziale Isolation, nachdem ihre Familien auseinander sind, durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit der Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen abhandengekommen ist, Nachbarschaften und Kiezkontakte eingeschlafen sind. Oft gehen Verarmung und Vereinsamung Hand in Hand. In solchen Augenblicken kann ein Gespräch mit einer Telefonseelsorgerin, einem Telefonseelsorger der Rettungsanker sein. Manche Anrufer haben seit Tagen kein Gespräch mehr gehabt. Die Möglichkeit, für eine halbe oder dreiviertel Stunde Zwiesprache zu halten, auf Verständnis zu treffen, vielleicht auch einen Rat zu holen – das wissen die Anrufer zu schätzen.

Die Telefonseelsorger sind, in ganz Deutschland und überall auf der Welt, rund um die Uhr zu sprechen und während des ganzen Jahres. Bis zu 150 solcher Telefongespräche, die von Krisen, Verzweiflung, Liebesproblemen und Einsamkeit handeln, werden täglich allein in der Berliner Telefonseelsorge geführt. Sie spiegeln oft ein graues Bild der Metropole wider, erzählen von gesellschaftlichen und persönlichen Konflikten – aber auch von Hoffnung, Lebensmut und der Kraft, wieder auf die eigenen Beine zu kommen.

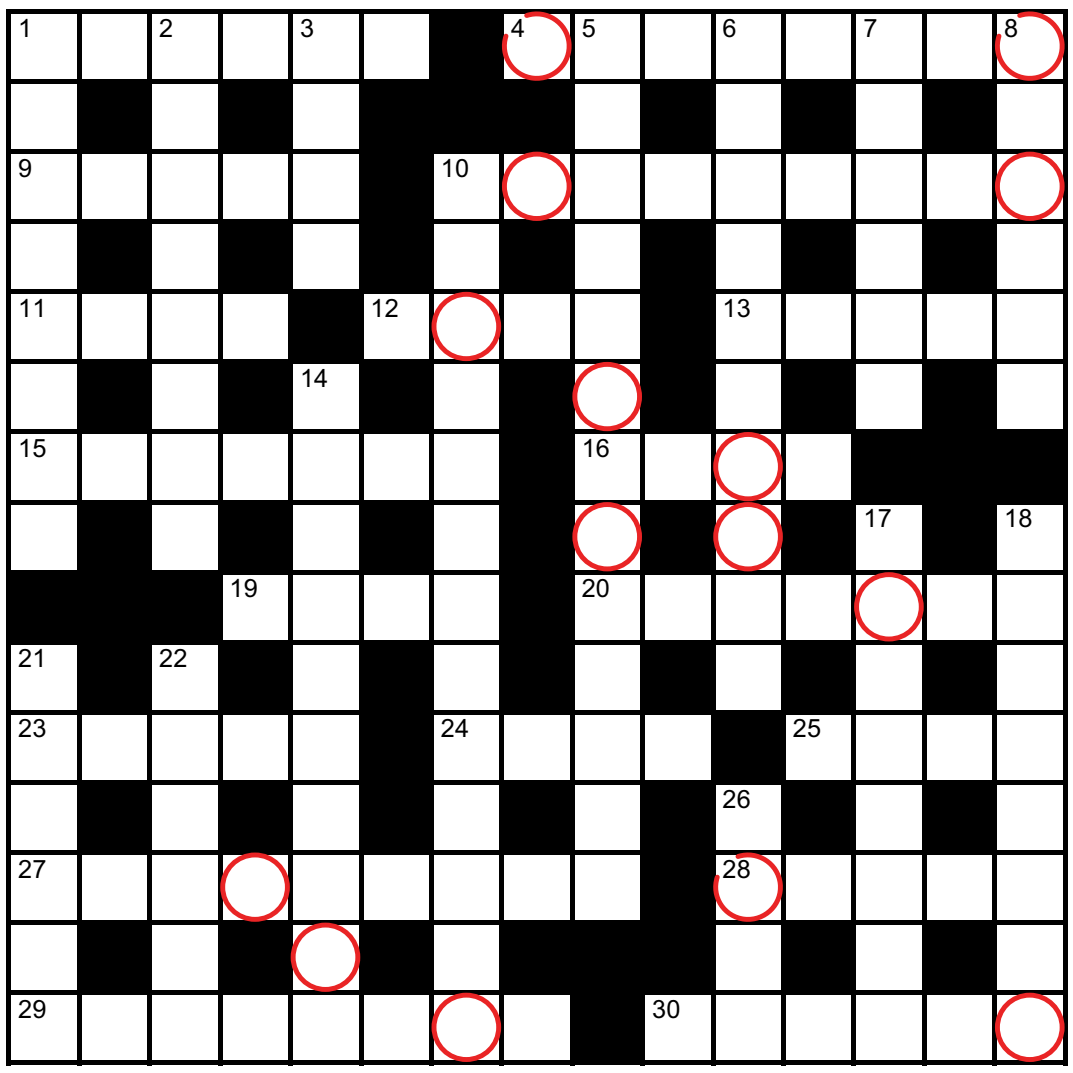
Samt und sonders ehrenamtlich und unbezahlt arbeiten die rund 140 Frauen und Männer in ihren sechs- bis achtstündigen Schichten. Für ihren freiwilligen Dienst, den sie meist zwei Mal monatlich tun, werden sie rund eineinhalb Jahre gründlich in Seminaren und Praktika ausgebildet und geschult, bevor sie sich Telefonseelsorger nennen dürfen.

Wer Interesse an einer ehrenamtlichen Mitarbeit in der Telefonseelsorge Berlin e.V. hat, der kann sich hier informieren:

Telefonseelsorge Berlin e.V.,
Konfliktberatung – Suizidverhütung
Nansenstraße 27; 12047 Berlin
Telefon: 030 / 613 50 23
mail@telefonseelsorge-berlin.de
www.telefonseelsorge-berlin.de

Das Rund-um-die-Uhr-Tag-für-Tag-Krisentelefon: 0800-1110111

Berliner Preisrätsel



WAAGERECHT

1 Mit Glück alle Neune
4 ... lässt sein blaues Band
9 Bauelemente fixieren
10 Frühling in der Stadt der Liebe
11 Tasche für Stift, Telefon und Kosmetik
12 Versicherung für Versicherungen (Kurzform)
13 milder Abgrund
15 lateinischer Kasus
16 entspringt im Sauerland, mündet in den Rhein
19 Gefäß zum Ölen
20 zurzeit unruhigster Kulturraum der Welt
23 bedeutendster US-Südstaat
24 Autovermietung
25 Meer auf dem Rückzug
27 darauf freut sich ganz Berlin im Frühling
28 wetterwendischer Frühjahrsmonat
29 auswärtiger Mitarbeiter eines Nachrichtendienstes
30 Frühling für Angelsachsen

SENKRECHT

1 mal in der Dose, mal im Glas
2 Extrabonus
3 Frühling für Poeten
5 Wiedergeburt (lat.)
6 ein seltenes Unglück im Frühjahr
7 gewaltig, großmächtig
8 christliche Musik in Nordamerika
10 Testmethodik
14 nichts geht mehr
17 alles nur geklaut
18 Frontmann ist Der Graf
21 ungeliebter Krakeeler
22 massenhafte Auswanderung (lat.)
26 höchst extravagante Frau im Showbusiness

*In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben einen **Kalenderstreit zwischen Wetterforschern und Sternenkundlern, der immerhin 20 Tage ausmacht.***

GEWINN: BÜCHER ZUR BERLINER GESCHICHTE

*Bitte schicken Sie dieses **Lösungswort** auf einer Postkarte **bis zum 16. April 2016** per Post an das **Berliner Stadtblatt Müllerstraße 163 13353 Berlin** oder per E-Mail an **raetsel@berliner-stadtblatt.de***

DIE GEWINNE

*Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir **zehn Bücher zur Berliner Geschichte.***

DAS LÖSUNGSWORT

aus der letzten Ausgabe des Stadtblatts war:
HATSCHI
Die Gewinnerinnen und Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

Abgeordnetenhauswahlen ab 16 Jahren?

Immer wieder in der Diskussion ist das Wahlalter von Jugendlichen. Brandenburg, Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen haben das Alter für das aktive Wahlrecht auf Landesebene bereits auf 16 Jahre gesenkt, viele Länder ebenfalls bei Kommunalwahlen - hier in Berlin die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen.

Pro

Mit 16 reif genug für die Wahl

Kevin Kühnert | Stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos

Seit 1970 können junge Menschen ab 18 Jahren wählen. Damals hatte Willy Brandt eine Senkung des Wahlalters von 21 Jahren durchgesetzt. Und mit Willy Brandt kann man heute erneut mehr Demokratie wagen und das Wahlalter noch einmal senken – auf 16 Jahre, wie es in Berlin bereits für die Wahlen im Bezirk gilt.

Denn seit 1970 hat sich viel getan. Mindestens ein Drittel der Jugendlichen engagiert sich regelmäßig in sozialen Projekten, insgesamt sind drei Viertel zumindest gelegentlich sozial oder gesellschaftlich engagiert. Jugendliche sind informiert und vernetzt. Sie bilden sich ihre Meinung auch ohne Zeitung, rufen die notwendigen Informationen per Klick ab. Okay, vielleicht nicht jede oder jeder. Aber beklagen wir das nicht auch bei anderen Generationen?

Es gilt, Jugendliche früh einzubeziehen in unsere Demokratie. Da reicht die Rolle des Zaungasts am Wahltag nicht aus. Ein Wahlalter von 16 ist dabei ein vernünftiger Kompromiss, weitergehende Forderungen verhindern nur, dass das Mögliche auch wirklich Gesetz wird.

Das Wahlrecht drückt Wertschätzung und Akzeptanz aus. Es geht um echte Beteiligung und Mitwirkung. Denn es geht um die Zukunft junger Menschen, um ihre künftigen Arbeitsbedingungen, ihre Gesundheit, ihre soziale Absicherung. Um Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Entscheidungen, die überwiegend auf Bundes- und Landesebene getroffen werden.

Jugendliche sind direkter. Sie können die Politik von Sprechblasen befreien und lebendiger machen. Und mit dem Wahlrecht erreichen sie, dass Politikerinnen und Politiker sie und ihre Stimme ernst nehmen müssen.

Contra

Volljährigkeit gibt es auch erst mit 18

Reinhardt Hertz | Journalist

Es gibt Gesetze und Regeln, die nicht unbedingt für jeden Einzelfall ideal sind. So ist das auch mit dem Wahlalter. Da gibt es sicher 15jährige, die das politische Geschehen intensiv verfolgen und sich persönlich engagieren und 20jährige, die sich um nichts kümmern und gar nicht wählen wollen. Aber Gesetze müssen sich eben mitunter an einem Durchschnitt orientieren. So sahen das wohl auch die Mitglieder der Berliner SPD, die bei einer Mitgliederbefragung im vergangenen Jahr eine Herabsetzung des Wahlalters für Abgeordnetenhauswahlen auf 16 Jahre mit 60,4 Prozent ablehnten, nur 29,2 Prozent stimmten zu.

Bild: Petra Rudolphi-Korte

In der öffentlichen Diskussion sind es kaum die Jugendlichen selbst, die das Wahlalter zum Thema machen, es sind wohlmeinende Erwachsene, die es fordern und – wie die Piraten - selbst Babys damit beglücken wollen. Es macht aber keinen Sinn, ein einzelnes Recht herauszupicken. Wer mit der Mündigkeit der 16jährigen argumentiert, müsste ihnen im selben Atemzug auch das Recht einräumen, zu heiraten. Darüber entscheidet aber derzeit ein Familiengericht im Einzelfall. Erst mit Vollendung des 18. Lebensjahres, also der Volljährigkeit, ist man in Deutschland voll geschäftsfähig. Müsste das nicht auch geändert werden? Oder sind politische Entscheidungen weniger wichtig als ein Handyvertrag?

Im Moment ist es ein guter Kompromiss, mit 16 Jahren auf bezirklicher Ebene mitwählen zu können und mit 18 Jahren bei der Abgeordnetenhaus- oder Bundestagswahl. Wenn Änderungen gefordert werden, sollte die gesamte rechtliche Stellung von jungen Menschen in den Blick genommen werden.

Integration durch Arbeit

Erstes „Willkommen in Arbeit"-Büro Berlins am „Flughafen Tempelhof" eröffnet

Bildung und Ausbildung sind zwei der wichtigsten Säulen gelungener Integration. Als Arbeits- und Integrationssenatorin habe ich deshalb Ende Januar in der neuen Notunterkunft für Geflüchtete im ehemaligen Flughafen Tempelhof das erste „Willkommen in Arbeit"-Büro eröffnet. Weitere folgen in den kommenden Wochen und Monaten.

Die Idee hinter diesen Büros ist so einfach wie richtig: Menschen, die zu uns nach Berlin kommen, sollen von Beginn an die Möglichkeit erhalten sich auf den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu machen. Für manche wird der Weg länger sein, für andere kürzer. Aber alle sollen unbürokratisch und wohnortnah Hilfe erhalten. Deshalb eröffnen wir die "Willkommen in Arbeit"-Büros direkt in den großen Unterkünften der Geflüchteten.

Mein Ziel ist es, in diesen Büros die Qualifikationen und Berufserfahrungen der Geflüchteten zu dokumentieren, um anschließend unter fachkundiger Anleitung die nächsten Schritte zu vereinbaren. Deshalb arbeiten bei „Willkommen in Arbeit" alle zusammen, die für eine gelingende Arbeitsmarktintegration benötigt werden: Die Sozialarbeiter der jeweiligen Unterkunft ebenso wie Integrationslotsen, Bildungsberater und Jobcoaches. Die Berliner Jobpoints und das IQ-Netzwerk stellen darüber hinaus bei Bedarf Ihre Kompetenzen bei der Stellenvermittlung sowie der Anerkennung von Berufsabschlüssen zur Verfügung.

„Wir schaffen das" sagt sich leicht. In Berlin haben wir einen konkreten Plan, wie Integration gelingen kann, nämlich durch Arbeit und Ausbildung. Dafür bündeln wir nun alle vorhandenen Kräfte und Angebote, ohne dass anderen Erwerbslosen etwas weggenommen wird. Und unsere Voraussetzungen sind gut, denn der Berliner Arbeitsmarkt wächst und die Erwerbslosigkeit sinkt in der Stadt. Studien sagen uns, dass sich die Erwerbsquote der Geflüchteten in etwa 10 Jahren an das Berliner Niveau angleichen kann. Nichts anderes ist mein Ziel und deshalb arbeiten wir hart daran, es zu verwirklichen. Die „Willkommen in Arbeit"-Büros sind ein erster wichtiger Schritt auf diesem Weg.

Dilek Kolat

Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen

Bild: Frank Ossenbrink

NEIN heißt NEIN

Das Sexualstrafrecht muss reformiert werden

Nein, die Meldungen über sexualisierte Gewalt in der Silvesternacht in Köln und anderen großen Städten sind nicht der Grund für eine Änderung des Sexualstraffrechts. Die Rufe nach einer Reform sind alt. Die polizeiliche Kriminalitätsstatistik weist pro Jahr mehr als 7300 Vergewaltigungen aus, das ist aber nur ein Bruchteil der begangenen Taten. Viele Opfer erstatten keine Anzeige, da sie wissen, dass die wenigsten Täter oder Täterinnen verurteilt werden. Denn was als strafwürdig empfunden wird, ist noch lange nicht strafbar. Das ist einer der Gründe für eine Reform des Sexualstrafrechts.

2011 hat Deutschland das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, kurz Istanbul-Konvention genannt, unterzeichnet. Um die Konvention ratifizieren zu können, muss das deutsche Sexualstrafrecht mit den neuen Regeln in Einklang gebracht werden.

Die Istanbul-Konvention verlangt im Artikel 36 alle nicht-einvernehmlichen sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen und effektiv zu verfolgen. Doch der § 177 StGB setzt voraus, dass eine Person eine andere Person zu sexuellen Handlungen nötigt. Das bedeutet, dass es nicht ausreicht, wenn die betroffene Person „nur" Nein sagt. Der Täter, die Täterin muss nicht nur den Willen der betroffenen Person missachten, sondern zusätzlich auch noch Gewalt anwenden oder den Betroffenen mit Gewalt drohen oder eine sogenannte schutzlose Lage ausnutzen.

Jahrelang wurde darüber gestritten, ob eine Änderung des Sexualstrafrechts überhaupt notwendig ist und wie sie aussehen müsste. Die Grundfrage hieß: Gibt es Schutzlücken oder ist es „nur" ein Rechtsanwendungsfehler, wie einige Juristen meinten. Es war eine Debatte zwischen Experten und Expertinnen, die die Gesellschaft nicht einbezog.

Dankenswerterweise ergriff Bundesjustizminister Heiko Maas die Initiative für eine Reform des Sexualstrafrechts. Damit sollte eine Debatte mit Beteiligung aller relevanten Verbände und der Bundesländer möglich werden. Der Entwurf nimmt Rücksicht auf die Koalitionspartner CDU und CSU. Es werden einige Schutzlücken geschlossen. Er enthält aber keine Formel, die jegliche nichteinvernehmliche sexuelle Handlung unter Strafe stellt. Trotzdem schmorte der Entwurf monatelang im Bundeskanzleramt und wartete auf die Mitzeichnung.

„Köln" ist nicht der Grund für eine Sexualstrafrechtsreform, „Köln" ist die Chance für einen gesellschaftlichen Konsens, der sexualisierte Gewalt ächtet. Die Anerkennung von „NEIN heißt NEIN!" ist die kurze Formel auf die wir uns alle einigen müssen. Und das ist auch die Formel, die in das Sexualstrafrecht eingehen muss – auch um endlich die Istanbul-Konvention ratifizieren zu können. *Manuela Harling*

„Der Krieg hat kein weibliches Gesicht“

Die Bücher der weißrussischen Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch

In der literarischen Welt gibt es Streit, ob die Bücher der weißrussischen Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch nicht eher (politischer) Journalismus sind, keine Literatur. Das ist verständlich, denn die meisten ihrer Werke sind vom Tonband ins Schriftliche übertragene Ausschnitte aus Gesprächen mit Betroffenen. „Betroffen“ im wahrsten Sinne des Wortes, weil Menschen, die sich in katastrophalen Situationen befinden, zu Wort kommen:

„Der Krieg hat kein weibliches Gesicht“.

Hier schildern russische Frauen ihren militärischen Einsatz im 2. Weltkrieg. Russland, die Ukraine und Weißrussland schweigen bis heute darüber. Es gab nicht nur Krankenschwestern und Ärztinnen sondern auch Fliegerinnen, weibliche Scharfschützen und Panzersoldatinnen. Und sie waren jung. Und die aus dem Krieg zurückkamen waren verletzt, traumatisiert. Sie erzählen der Autorin vom Tod und vom Töten, von Blut, Dreck und Läusen. Von Verwundungen, Schmerz und Hunger. Von miserabler Ausrüstung und Kriegsverbrechen – und wie man sie vergessen hat, als es nach dem Krieg darum ging, die „Helden“ zu feiern. Es entstand ein erschütterndes Dokument einer ausgeblendeten Seite des Zweiten Weltkriegs: Die Rolle der über eine Million russischen Frauen in der Roten Armee.

Literatur-Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch

Bild: Margarita Kabakowa

Im selben journalistischen Stil erschienen weitere Bücher der Autorin, die das **„Leben auf den Trümmern des Sozialismus“ (Second-hand-Zeit)** nachzeichnen: Immer öfter verklären junge Menschen die kommunistische Vergangenheit, Stalin gilt wieder als großer Staatsmann. Die Autorin befragt Menschen, die sich von der Geschichte überrollt und betrogen fühlen. Wer das Russland von heute verstehen will, muss dieses Buch lesen.

„Zinkjungen. Afghanistan und die Folgen“.

Die Schriftstellerin interviewte mehr als 500 Veteranen aus dem sowjetischen Afghanistankrieg und Mütter von gefallenen Soldaten. Der Titel Zinkjungen bezieht sich auf die toten Soldaten, deren Leichen in Zinksärgen zurückkamen. -

„Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft“.

Über mehrere Jahre hat Swetlana Alexijewitsch mit Menschen gesprochen, für die die Katastrophe von Tschernobyl 1986 zum zentralen Ereignis ihres Lebens wurde.

Weiter erschienen in deutscher Sprache u. a.

„Im Banne des Todes. Geschichten russischer Selbstmörder“.

„Seht mal, wie ihr lebt. Russische Schicksale nach dem Umbruch.“

„Die letzten Zeugen. Kinder im Zweiten Weltkrieg.“

Swetlana Alexijewitsch, 1948 in der Ukraine geboren, in Weißrussland lebend, erhielt für ihre in den Nachfolgeländern der Sowjetunion großen Teils unveröffentlichten weil verbotenen Bücher neben dem Nobelpreis für Literatur 2015 („für ihr vielstimmiges Werk, das dem Leiden und dem Mut in unserer Zeit ein Denkmal setzt“), auch den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung und den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

Eva Liebchen

„Willkommensbündnis“ gegründet

Gemeinsame Verantwortung für die Unterstützung geflüchteter Menschen

Kompetenz und Herz: Mit dieser Mischung will das „Willkommensbündnis Tempelhof-Schöneberg“ die Herausforderungen der Flüchtlingskrise meistern. Das Ende Januar gebildete Bündnis kann über die aktuellen Probleme hinaus Vorbild für bürgerschaftliches Engagement im Bezirk sein.

Mehr als 60 Vertreterinnen und Vertreter von Nachbarschaftszentren, Träger von Wohnunterkünften, Hilfs-Initiativen, Sozialverbänden, Kirchen und Vereinen stimmten ein Konzept ab, das die Kommunikation zwischen den vielen Hilfsorganisationen verbessern hilft.

Das Bündnis will außerdem Synergieeffekte ermöglichen, Parallelstrukturen vermeiden und bürokratische Hürden besser bewältigen. Dabei kommt dem Bezirksamt mit der Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler und dem Ehrenamtsbüro im Rathaus Schöneberg besondere Bedeutung zu. Diese Schnittstelle zwischen Ehrenamtlichen, Trägern und Verwaltung hat Bezirksbürgermeisterin Schöttler im Rahmen der Diskussion vorgestellt.

Gründungstreffen am 26. Januar im „Flughafen Tempelhof“

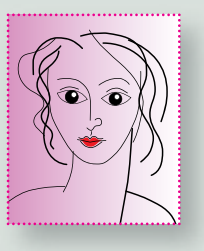
Bild: TSaktuell

Das Willkommensbündnis kann sowohl die ehrenamtlich organisierten Hilfs-Initiativen als auch die Träger, die Maßnahmen anbieten und Wohnunterkünfte verwalten, entlasten. Hier sollen die bezirks- und berlinweit immer wiederkehrenden Fragen benannt werden.

Im direkten Kontakt zum Bezirksamt, das fest in das Bündnis eingebunden ist, können Informationen über Bedarfe und Probleme schneller da ankommen, wo Lösungen möglich gemacht werden. Die Bezirksbürgermeisterin wiederum hat über das Bündnis die Möglichkeit, Informationen der Landesebene effektiv an die Aktiven weiterzugeben.

Das Gründungstreffen hat auch gezeigt, wie viel Kompetenz und Sachverstand es in Tempelhof-Schöneberg gibt und mit wie viel Herz und Engagement sich sowohl Hauptamtliche als auch ehrenamtlich Tätige engagieren. Damit kann das Willkommensbündnis Tempelhof-Schöneberg über die aktuellen Herausforderungen hinaus auch ein großer Gewinn für künftige Aktivitäten im Bezirk sein.

Antje Schwarzer



Frauenmärz

in Tempelhof und Schöneberg

4. bis 22. März 2016

Es ist wieder Frauenmärz!

Seit 1986 gibt es diese Institution. Veranstaltungen von Frauen und mit Frauen werden in einem Programm gebündelt. Diesjähriges Motto ist „Weibsbilder“. Hier legen wir Ihnen drei Veranstaltungen ans Herz. ***www.frauenmaerz.de***

10.03. | 20 Uhr | Rathaus Schöneberg, Foyer

Vernissage: WeibsBilder …

so unterschiedlich, wie Frauen sind! Piktogramme der Gruppe MIGRANTAS von Marula Di Como und Florencia Young, Eleni Papaioannou bringt ein großflächiges Triptychon und Marion Schütt, Fotografin, zeigt Künstlerinnenporträts.

18.03. | 18 Uhr | Die weiße Rose, Martin-Luther-Straße 77, 10825 Berlin

Harfenjule & The Singing Buskers

Musikgeschichten von der Straße

22.03. | 18 Uhr | Argentinische Botschaft, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin

Ausstellungseröffnung: Bild der Frau

Was ist das BILD DER FRAU für Künstlerinnen? Schon die Referenz auf den Zeitschriftentitel zeigt: es geht um Typisierungen, um Klischees und um deren ironische Brechung. 6 Illustratorinnen, eine Malerin und ein Künstlerkollektiv.

Zeichnung von Petra Rudolphi-Korte

BÜRGERSTAMMTISCH IN MARIENFELDE

BÜRGERSTAMMTISCH DER SPD IN MARIENFELDE
Dienstag 26. April
um 19 Uhr im Restaurant
„Kegelcentrum 2000“
Waldsassener Str. 24

Bild: Lutz Knospe

Bürgerinnen und Bürger können beim Stammtisch der SPD mit Bezirksbürgermeisterin **Angelika Schöttler** und dem Marienfelder Wahlkreiskandidat für das Abgeordnetenhaus **Ingo Siebert** ins Gespräch kommen. Im Restaurant „Kegelcentrum 2000“ kann gemeinsam mit den SPD-PolitikerInnen über Kiez, Bezirk und Stadtpolitik gesprochen werden.

KINOBESUCH IN SCHÖNEBERG

„SUFFRAGETTE - TATEN STATT WORTE“

Zu einem mitreißenden Filmdrama über die Anfänge der Frauenrechtsbewegung in Großbritannien Anfang des 20. Jahrhunderts laden Berlins Frauensenatorin **Dilek Kolat** und die Schöneberger SPD-Abgeordnetenhauskandidatin **Anett Seltz** am **Sonnabend, den 19. März um 13 Uhr** ins **Xenon Kino**, Kolonnenstraße, 10827 Berlin-Schöneberg. Sarah Gavrons Film „Suffragette – Taten statt Worte“ fand im vergangenen Jahr viel Anerkennung. Der Eintritt ist frei. Anmeldung bitte bis 18. März per E-Mail an *spdschoeneberg@gmail.com*.

AUSSTELLUNG IM WAHLKREISBÜRO DILEK KOLAT

MARLIES LIEKFELD-RAPETTI
WAS BLEIBT

Wahlkreisbüro Dilek Kolat
Schmiljanstraße 17
Friedenau an der Kaisereiche

geöffnet:
Di 15 - 18 Uhr,
Mi 15 - 17 Uhr,
Do 11 - 14 Uhr

Ausstellungseröffnung
Freitag, 18. März 2016
19 Uhr

FÜR SIE VOR ORT

SPD TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Hauptstr. 100,
10827 Berlin (Schöneberg)
Tel: 030 7812283
Fax: 030 78001217
kreis.tempelhof-schoeneberg
@spd.de
spd-tempelhof-schoeneberg.de

BUNDESTAGSABGEORDNETE - WAHLKREISBÜRO

Mechthild Rawert
Friedrich-Wilhelm-Str. 86,
12099 Berlin (Tempelhof)
Tel: 030 72013884
Fax: 030 72013994
mechthild.rawert.wk
@bundestag.de
www.mechthild-rawert.de

ABGEORDNETE BERLIN - WAHLKREISBÜROS

Dilek Kolat | Friedenau
Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin
Tel: 030 91502700
www.dilek-kolat.com

Michael Müller | Tempelhof
Manfred-von-Richth.-Str. 19,
12101 Berlin
Tel: 030 81828330
www.michael-mueller-spd.de

Lars Oberg | Schöneberg
Hauptstr. 8, 10827 Berlin
Tel: 030 30362103
www.lars-oberg.de

Frank Zimmermann | Mariendorf
Eisenacher Straße 72, 12109 B
Tel: 030 70781714
www.frank-zimmermann.net